„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 5391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Den Tag, den möcht' ich noch erleben,
Ob dann mein müdes Aug' auch bricht,
Wo einig, frei die Deutschen leben,
Sein Urteil spricht das Weltgericht.

Otto Weddingen.

Die englische Arbeiterregierung

Als wir in der letzten Courierausgabe den Sturz Baldwins und die Berufung MacDonalds auf den verantwortungsvollsten Posten des britischen Reiches mitteilten, sprachen wir von einem neuen Kapitel in der englischen Geschichte. Wir waren uns dabei wohl bewußt, daß es sich vielleicht nur um ein kurzes Kapitel handeln könne. Denn die Arbeiterpartei hat nicht die Mehrheit des Parlamentes hinter sich, ist folglich in Verwirklichung ihrer Ziele durch eine starke Opposition gehemmt und namentlich auf das Wohlwollen der Liberalen angewiesen. Daher werden in England die sozialistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dafür sorgen schon die Liberalen Asquith und Lloyd George, die sich wohl heute als die natürlichen Erben der jetzigen Arbeiterregierung fühlen. Daher ist auch das konservative Geschrei gegen den sozialistischen Zukunftstaat überflüssig und lächerlich. Es wäre weit besser, wenn sich die englischen Tories selbst an der Nase nehmen würden; denn sie sind durch ihre kurzsichtige, unsoziale Politik die Hauptschuldigen an dem Hochkommen der Labor Party — eine Warnung für alle, die den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse im politischen und wirtschaftlichen Leben nicht genügend Rechnung tragen wollen.

Die neuen Männer setzen sich entsprechend dem Grundsatze der Arbeiterpartei, die Hand- und Kopfarbeiter zu umfassen, aus den verschiedensten Schichten des englischen Volkes zusammen. Dem Kabinett gehören an:

Ramsay MacDonald, Premier und Sekretär für auswärtige Angelegenheiten; John. Rob. Clynes, Lord-Siegelbewahrer und stellvertretender Sprecher im Unterhaus; Lord Parmoore, Lordpräsident des Rates; Viscount Haldane, Lordkanzler; Phil. Snowden, Schatzkanzler; Arthur Henderson, Sekretär für innere Angelegenheiten; J. P. Thomas, Sekretär für die Kolonien; Stephen Walsh, Kriegssekretär; Sir Sydney Olivier, indisches Amt; Brigadegeneral Christ. Thomson, Luftminister; Viscount Chelmsford, erster Lord der Admiralität; Sydney Webb, Präsident des Handelsrates; John Wheatley, Gesundheitsminister; Noel Burton, Ackerbauminister; William Adamson, Sekretär für Schottland; C. P. Trevelyan, Präsident des Unterrichtsausschusses; Thomas Shaw, Arbeitsminister; Vernon Hartshorn, General-Postmeister; Col. Josiah Wedgewood, Kanzler von Lancaster; F. W. Jowett, Commissär für Arbeiten.

Diese Zusammensetzung läßt keine radikale Umwälzung des englischen Staatslebens erwarten. Die neuen Männer müssen froh sein, wenn es ihnen gelingt, das englische Arbeitslosenelend zu lindern und mit Hilfe der liberalen Kräfte eine allmähliche Gesundung der englischen Wirtschaft herbeizuführen. Dabei werden sie an die ganze europäische Frage herangehen und ein Zurückdämmen der wilden Fluten nationaler Leidenschaften anstreben müssen. Aber mit friedensfreundlichen Worten läßt sich die Haßpolitik eines Franzosen Poincare und seiner kleinen und großen Trabanten nicht unterdrücken. Dazu bedarf es der ganzen politischen Machtmittel, über die Großbritannien verfügt. Eine andere wichtige Angelegenheit ist die Anerkennung Sowjetrußlands, woran auch Canada interessiert ist. Unser Land hatte bis zur Revolution einen Handelskommissär in Rußland, ist aber seitdem ohne besondere Vertretung in Moskau. Doch würde die Anknüpfung und Entwicklung neuer Handelsbeziehungen zwischen Canada und Rußland durch die Anerkennung der Sowjetregierung seitens Englands sicherlich erleichtert werden.

Es empfiehlt sich, ohne große Hoffnungen dem Wirken der MacDonald-Regierung entgegenzusehen. Nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren kommenden Taten muß sie beurteilt werden.

Lenins Tod

Wird sein Werk Bestand haben?

Nikolai Lenin, der Premier von Sowjetrußland, ist gestorben. Das Ende trat nach einer plötzlichen Verschlimmerung ein, die zu einem Schlage führte, welcher die Atmungsorgane lähmte. Der seit vielen Monaten kranke Bolschewikileiter Lenin wurde vom Tode ereilt, während andere die von ihm gegründete Sowjetregierung leiteten. Für seine Landsleute wurde Lenin zu einem Rätsel, er lebte in Abgeschlossenheit, sein Zustand wurde der Welt sorgfältig verheimlicht. Man wußte, daß Lenin an einer Lähmung litt und daß berühmte Spezialisten aus fernen Landen zu seiner Behandlung kamen. Erst vor zwei Wochen war angekündigt worden, daß Lenin gesund werde. Er war am Weihnachtstag und wieder am Neujahrstag auf einer Hasenjagd. Gerüchtweise wurde sogar seine baldige Wiederbeteiligung an russischen Angelegenheiten in Aussicht gestellt. Niemand von der Außenwelt durfte Lenin sehen. Das Ende kam in einem kleinen Ort namens Gorky, nicht weit von Moskau. Das Leichenbegängnis war am Samstag. An jenem Tage wurde der Leichnam von Lenin im Kreml beigesetzt, neben Sverdloff, einem seiner Mitleiter bei dem großen Umsturz von Rußland. Für Millionen seiner Anhänger bildet Lenins Tod einen Schlag. Trotz seiner zweijährigen Abwesenheit vom Kreml stand er dem Herzen jener Russen, die sich unter ihm erhoben und die Dynastie Romanoff stürzten, am nächsten.

Gleichzeitig mit Lenins Tod kommt die Verdrängung von Leon Trotzky. Der bisherige Kriegskommissar ist auf die siebente Stelle unter den Leitern der weniger radikalen Ordnung der Dinge in Rußland zurückgedrängt.

Professor Kramer, ein in Deutschland ausgebildeter russischer Spezialist, bezeichnete Lenins Krankheit als gewöhnliche teilweise Lähmung und verordnete vollständige Ruhe. Infolge der Beleibtheit des Führers waren Beamte mit ihrer Information sehr vorsichtig, die genaue Art seiner Erkrankung wurde nie bekannt gegeben. Bekannt gemacht wurde jedoch, daß seine Schwester und seine Frau stets bei ihm weilten. Lenin kam am 10. April 1870 in Simbirsk an der Wolga als Sohn eines Schullehrers von adliger Herkunft zur Welt. Er besuchte die Dorfschule, an der Fedor Kerensky lehrte. Der Schulmeister ließ sich nicht träumen, daß der stille Sohn der Familie Ulanen eines Tages seinen eigenen Sohn stürzen würde, Alexander Kerensky, den Leiter der provisorischen Regierung nach dem Sturz von Nikolaus dem Zweiten.

Auf der Schule wurde Lenin zu einem eifrigen Bewunderer des deutschen Sozialisten Karl Marx. Er trat schon früh in die revolutionäre Bewegung ein, bereitete sich jedoch für eine intellektuelle Führung vor und soll sich wie an terroristischen Anschlägen beteiligt haben. Während seines Studiums an der Universität Petersburg veröffentlichte Lenin eine Abhandlung über den Marxismus.

Im Jahre 1897 verbannte der Zar Lenin nach Sibirien, wo er die nächsten drei Jahre mit Studium verbrachte und durch seine Feder die Lehre von der Revolution verkündete. Nach seiner Freilassung im Jahre 1900 verbrachte er bis 1917 den größten Teil seiner Zeit im Ausland. Lenins Gattin galt als eine extreme Kommunistin. Bei ihrer Verheiratung mit Lenin befand sie sich in einem Sträflingslager in Sibirien. Mit 17 Jahren sah Lenin die Leiche seines älteren Bruders Alexander an einem Galgen des Zaren baumeln; er wurde wegen eines Anschlags auf das Leben des Herrschers hingerichtet. Dieser Anblick hat Wladimir Ulianow, wie der wirkliche Name von Lenin war, veranlaßt, der alten Ordnung ewige Feindschaft zu schwören.

Wird Lenins Werk, der Sieg des Bolschewismus in Rußland, Bestand haben oder wird nicht auch es den Weg alles Irdischen gehen? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat der Bolschewismus schon seinen Höhepunkt überschritten. Die sogenannte bürgerliche Gesellschaftsordnung gewinnt in Rußland ebenso wie in den anderen revolutionären Ländern Europas mehr und mehr an Boden. Ja es scheint sogar, als ob der unglaubliche Kommunismus an Kraft und Ausdehnung zunehme und auch das russische Wirtschaftssystem stärker als je in seinen Bann zieht. Wie das Pendel eines Uhrwerkes nach lebhaften Schwingungen schließlich doch in seine Ruhelage zurückkehrt, so auch bei extremen Umsturzbewegungen. Gewöhnlich Radikalismus ist keine dauernde Erscheinung, nach ihm tritt radikale Gegenbewegungen hervor, bis heute der Radikalismus von links und der von rechts sich gegenseitig aufreiben und zu einem Ausgleich auf mittlerer Linie führen. Das wird auch das Schicksal Rußlands sein, das unter dem Bolschewismus so Furchtbares erdulden mußte. Ist dann das wirtschaftliche Gleichgewicht mit Hilfe ausländischen Kapitals wiederhergestellt, so wird das russische Rußland seinen Bolschewismus ausgleichen und das Gewand einer staatlichen und wirtschaftlichen Erneuerung anlegen. Das lehrt uns die ganze Weltgeschichte, die auch für den Bolschewismus noch zum Weltgerichte werden wird.

Der Pfalz-Skandal

Was englische Zeitungen sagen.

Der Rheinpfalz droht seitens der Franzosen eine militärische Diktatur. Durch das Dazwischentreten Englands macht sich ein täglich zunehmender Widerstand der Pfälzer gegen die Herrschaft der Sonderbündler wahrnehmbar. Dem Vernehmen nach sollen die Franzosen beabsichtigen, die Separatisten fallen zu lassen, aber dafür eine Militärdiktatur zu erklären, mit der Begründung, daß die Bevölkerung unfähig sei, sich selbst zu regieren und daß die Ordnung aufrechterhalten werden müsse. Es soll Frankreichs geheimer Plan sein, aus der Pfalz einen zweiten Saardistrikt zu machen.

Die Londoner „Times" veröffentlicht Berichte ihrer Kölner und Münchener Korrespondenten, die übereinstimmend erklären, daß man versuche, der Pfalz gegen den Willen von mehr als 90 Prozent der Bevölkerung eine vom deutschen Reiche unabhängige Regierung zu geben. Speyer sei der mittelsten Bande von Raufbolden, der man überhaupt begegnen könne, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die Verwaltungsmaschine sei vollkommen zerstört worden und die sogenannte autonome Regierung sei unfähig, sie wiederherzustellen. Für die Franzosen handle es sich um die Bedeutung der Pfalz vom militärischen Standpunkte, aber daß deshalb eine betriebsame und ordentliche Bevölkerung Verbrechern ausgeliefert werde, sei keineswegs erklärlich.

Der „Manchester Guardian" brachte einen äußerst scharfen Leitartikel gegen den Terror in der Pfalz. Das Blatt schreibt, die separatistische Tyrannei, die Frankreich zuerst im Rheinland errichtete und jetzt in der Pfalz fortführe, sei wahrscheinlich das schamloseste Kapitel in der gesamten Geschichte. Wann habe je zuvor eine zivilisierte Macht als Werkzeug der Unterdrückung den Abschaum der Bevölkerung benutzt, die es zu terrorisieren wünschte; und wann zuvor habe eine zivilisierte Macht die Unverschämtheit gehabt, zu behaupten, daß diese Tyrannei von Verbrechern und Söldnern der Ausdruck des Volkswillens sei, und zu erklären, wie dies Poincare tue, daß Frankreich sich neutral verhalte. Dies sei nicht nur unwahr, sondern die widerwärtigste Art von Lügenhaftigkeit.

Tatsache sei, fährt das Blatt fort, daß, nach Aussage einer ganzen Reihe von unabhängigen Zeugen, die separatistische Bewegung heute allein ein Erzeugnis vom französischem Geld und französischem Zwange sei. Die französische Absicht sei leicht zu durchschauen: entweder die wirtschaftliche und soziale Umwälzung oder die Furcht vor persönlicher Vergewaltigung und Verstümmelung solle die pfälzische Bevölkerung zwingen, eine den Franzosen genehme Regierung zu errichten, oder es sei anzunehmen, daß Poincare bei den gegenwärtigen oder künftigen Verhandlungen mit Deutschland die rechte Art Druck auf die deutsche Regierung anwende, wie er dies jetzt gegen die Bevölkerung der Pfalz tue, damit England der vollendeten Tatsache eines unabhängigen Rheinlands gegenübergestellt werde. Werde dann England nicht etwas zu sagen haben müssen?

Poincare spreche vom „armen Pfändern", meint der „Manchester Guardian", als ob es irgendeinen Teil Deutschlands gäbe, auf dessen Reichtum er den ersten Anspruch hätte. Die Regierung, die in der letzten Zeit England vertreten habe, habe Poincare stümmen und zustimmen gemacht, im Ruhrgebiet Verfehlungen anzurichten. Es sei zu hoffen, daß die nächste englische Regierung darüber sorgen werde, daß bei der Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet Poincare neben Deutschland noch seine Alliierten dessen bedarfe, was ihnen zustehe. Aber keineswegs könne man sicher sein, daß die Rechte Deutschlands, die auch die Rechte Englands seien, im Rheinland und in der Pfalz sorgfältig gewahrt würden. Dies sei deutsches Gebiet und es liege im Interesse Deutschlands mehr weniger als im Interesse Englands, daß es dies bliebe.

Der „Manchester Guardian" drückt zum Schluß die Hoffnung aus, daß die nächste englische Regierung sich offiziell genau darüber unterrichten werde, was während der letzten Monate im Rheinland und in der Pfalz vorgegangen sei und daß sie die Schlüsse, die sie daraus ziehen werde, öffentlich vor der Welt kundgetan werde.

Reichskanzler Marx und der bayerische Ministerpräsident vom Kahr haben entschlossen von der separatistischen Regierung in der Pfalz eine Zuschrift, in der erklärt wird, daß künftighin für jeden an einem Separatisten begangenen Mord fünf hervorragende Bürger der Pfalz hingerichtet werden würden.

Prophezeiungen.

Erhebung der Farbigen gegen die Weißen. — Die Zukunft europäischer Mächte.

Eine riesige koloniale Erhebung gegen das weiße Joch, welche von Marokko bis nach Indien reichen würde, taucht an dem Horizonte der geschichtlichen Möglichkeit auf. Dies ist die Prophezeiung des Dr. Max Kemmerich in München, welcher berühmt geworden ist durch die Genauigkeit seiner Prophezeiungen auf geschichtlichem Gebiete. Kemmerich trägt den Namen „Der Geschichts-Prophet". Er ist ein Doktor der Philosophie und der Herausgeber einiger Werke über Geschichte.

Dr. Kemmerich sagte, daß die farbigen Rassen in dem größeren Teile der Welt sich innerhalb der nächsten drei Jahre gegen den weißen Mann erheben würden und daß sie versuchen würden, die weiße Herrschaft abzuschütteln, um sich selbst frei und unabhängig zu machen. Der Kampf würde lange dauern und würde sehr blutig sein. Der Mittelpunkt würde in Indien liegen. Nach Jahren des Kampfes und nach großen Erfolgen im Anfange würde schließlich der weiße Mann durch seine technische Wissenschaft über die viel größere Anzahl der gelben, schwarzen und braunen Rassen siegen, wie Kemmerich prophezeit. Der wirkliche Kampf um die Herrschaft in der Welt zwischen den farbigen Rassen und den weißen Völkern würde aber erst später ausgetragen werden und dann würde die weiße Rasse unterliegen, prophezeit der Gelehrte. Zur gleichen Zeit mit der Erhebung der farbigen Rassen würde ein Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten kommen, sagte Dr. Kemmerich. Auf die Frage: Welches Resultat würde dieser Krieg haben? erwiderte er: Meine geschichtlichen Betrachtungen geben mir keinen Anhalt bezüglich des Resultates dieses Krieges. Aber, fuhr er fort, wir dürfen nicht vergessen, daß Amerika nicht nur ein Land, sondern die halbe Welt hinsichtlich des Geldes, der Hilfsquellen und der Energie ist.

Er fuhr fort: Deutschland wird in der Periode der Revolutionen unterbrochen von Bürgerkriegen für weitere zehn Jahre sein. Eine Hohenzollern-Monarchie wird wiederkehren, wird aber in dramatischer Weise beinahe über Nacht verschwinden. Der neue Kaiser oder König wird seinen Tod durch Hinrichtung finden.

Frankreich versucht nach Aussage Dr. Kemmerichs die Träume Napoleons in die Wirklichkeit zu übertragen, wird aber wie auch Napoleon darin scheitern. Frankreich wird nach dem geschichtlichen Systeme Kemmerichs zu einer Nation zweiter Klasse in den Jahren zwischen 1932 und 1935 niedergezwungen werden.

Dann sagte Kemmerich mit besonderer Betonung, daß das britische Kaiserreich nicht in Stücke zerfallen würde, wie so viele Menschen glauben. Die jetzige Schwäche Großbritanniens gegen Frankreich hält er für vorübergehend in der britischen Geschichte.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat sich von seiner schweren Erkrankung soweit erholt, daß er von Berlin nach Freiburg übersiedeln konnte. Am 29. Dezember passierte er mit dem Schnellzug in Begleitung treuer Pflegerinnen den Bahnhof Heidelberg, woselbst ihm Landtagsabgeordneter Schneider den ersten Gruß in der badischen Heimat entbot, ihn namens der Heidelberger Parteifreunde zur fortschreitenden Genesung beglückwünschte. Dr. Wirth sagte sich nach Freiburg, wo er bei seiner Mutter sich völlig zu erholen gedenkt. Schon der Aufenthalt in der Heimat, an der er mit ganzer Seele hängt, wird die Genesung so fördern, daß er bald wieder, so hoffen seine Freunde und Verehrer, die alte Kraft erlangt haben wird.

Friedrich Engels und das Vaterland.

„Nachdem Burgund und Lothringen uns entrissen, nachdem wir Flandern französisch, Holland und Belgien unwichtig werden ließen, nachdem Frankreich mit dem Elsaß schon bis an den Rhein vorgedrungen und nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der ehemals deutschen linken Rheinseite noch unser ist, jetzt schienen wir uns nicht groß zu tun und zu schreien: Das letzte Stück sollt ihr wenigstens nicht haben. O über die Deutschen! Und wenn die Franzosen den Rhein hätten, so würden wir doch mit dem lächerlichsten Stolze rufen: Sie sollen für nichts haben die freie deutsche Weise, und so fort bis zur Elbe und Oder, bis Deutschland zwischen Franzosen und Russen geteilt wäre. Statt daß wir Buße tun sollten im Sack und in der Asche für die Sünden, durch die wir alle jenen schönen Länder verloren haben, für die Uneinigkeit und den Verrat an der Idee, für den Provinzial-Patriotismus, der vom Ganzen um des lokalen Vorteils willen abfällt, und für die nationale Bernünftigkeit! Solange die Zerstückelung unseres Vaterlandes besteht, so lange sind wir politisch Null."

Friedrich Engels.
E. M. Arndt, 1841.

Weltumschau

Deutschland.

In einer Rede in Hamburg erklärte der deutsche Ausland[s]minister Stresemann, das Ruhr-Ringen, dessen Grundgedanke keineswegs unrecht gewesen, hätte gezeigt, daß selbst die Geduld des deutschen Volkes Grenzen hat. Die Begebenheiten in der Rheinpfalz bezeichnet er als „einen Schandfleck für die Zivilisation, dessen sich ganz Europa schämen sollte." Unser Hinweis auf die Zusammenkunft der internationalen Sachverständigen-Ausschüsse in Paris zwecks Prüfung der Gutmachungsfrage, sprach Dr. Stresemann die Hoffnung aus, daß die Sachverständigen freimütig ihr Urteil über die Wirtschaftslage der Welt abgeben werden. Indessen müßte eine schnelle Entschließung erfolgen, weil zweifellos die deutsche Industrie nicht weiter die Lasten tragen könne, welche sie durch die Abmachungen mit der Interalliierten Mission im Ruhrgebiet für die Kontrolle der Bergwerke und Fabrikbetriebe übernommen hat. Dem Reich würde es nur möglich sein, jene Abmachungen fortzuführen, soweit sie überhaupt annehmbar sind, wenn sie Teile einer endgültigen Ausgleichung des Gutmachungs-Problems bilden. Ohne einen solchen Ausgleich, erklärt der Minister, würde es unmöglich sein, daß das internationale Kapital Schritte für den Wiederaufbau Europas unternehmen könnte, weil die Grundlage eine endgültige Verständigung mit Deutschland sein müßte. In Bezug auf die innerpolitische Lage äußerte Dr. Stresemann Vertrauen in die Fortdauer der Währungs-Stabilisierung. Er bemerkte dazu, er glaube, den Anwesenden sagen zu können, daß eine deutsche Goldnotenbank sehr bald errichtet werden würde. Zum Schluß ermahnte er die Versammlung, „die Lüge, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei", zu bekämpfen. Dies sei eine nationale Pflicht.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat dem deutschen Reichstage einen schriftlichen Antrag zugehen lassen, der die Ausschreibung von Neuwahlen verlangt. Danach soll die Regierung auf Veranlassung des Parlaments Reichspräsident Ebert ersuchen, den Reichstag aufzulösen und einen Termin für die Neuwahlen anzusetzen. In der Zwischenzeit soll der Ausnahmezustand die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Die Wahlfreiheit, die alle Parteien genießen sollen, und die Wahlen selbst sollen gleichfalls durch den Ausnahmezustand geschützt werden. Der neue Reichstag soll dann über die Fortdauer des Ausnahmezustandes entscheiden. Bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Reichstages und der Einstellung der Parteien besteht kaum ein Zweifel darüber, daß dieser Antrag der Deutschnationalen abgelehnt wird.

Die Kruppwerke werden die älteste Maschinenfabrik in Spanien, die im Jahre 1855 gegründete „Maquinsbe Terrestre y Maritima" und die dortige Cardona-Werft übernehmen. Die Deutschen werden den technischen Stab für die Fortführung des Betriebes der spanischen Werke besorgen und spanische Banken haben das zum Ausbau der Fabriksanlagen erforderliche Kapital aufgebracht. Diesen Fabriken werden die Kruppwerke solche Aufträge, welche sie unter den Bestimmungen des Versailler Vertrages in Deutschland nicht ausführen dürfen, überweisen. Es werden dort auch Schiffe für deutsche und südamerikanische Linien und Lokomotiven für spanische Bahnen gebaut werden.

In Sachsen ist trotz der sozialistischen Regierung ausländisches Kapital in den letzten Jahren sehr tätig gewesen. Schlösser, Häuser und unbebaute Flächen des Landes sind in großer Zahl an Ausländer verkauft worden. Unter ihnen befinden sich 343 Amerikaner und mehr als 200 Schweden. Die sächsischen Steuereinnehmer beschäftigen sich sehr eingehend mit dieser Tatsache, damit sie alle die dem Staate zustehenden Abgaben prompt erhalten.

Die deutschen Kommunisten geben sich noch immer der trügerischen Hoffnung hin, daß eine neue Revolution Deutschland Glück und Segen bringen könne. In Friedrichshafen wurde ein kommunistische Verschwörung aufgedeckt. Arbeiter vieler Fabriken haben, wie ermittelt wurde, seit längerer Zeit Material gestohlen und daraus heimlich Handgranaten angefertigt, die unter die Hundertschaften verteilt wurden. Eine große Anzahl der Verschwörer sind in Haft genommen worden. — Achtzehn Personen, darunter zwei Frauen, erlitten in Berlin Verletzungen, als Kommunisten Handgranaten unter eine nationalistische Massenversammlung schleuderten.

„Kein anständiger Mensch ist seines Lebens in Bayern sicher," so erklärte Dr. Held, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, im Verfassungs-Ausschuß des bayerischen Landtages, wo die Tatsache enthüllt wurde, daß die Kahr'sche Regierung viele an General Ludendorff, Adolf Hitler und andere Faschistenführer gesandte Geldbeträge mit Beschlag belegt habe. Der Minister des Innern Schweyer erklärte namens von Kahrs, daß die Regierung Ludendorff als das Haupt und den bewegenden Geist der bayerischen nationalistischen Kreise betrachte. Aus dem Grunde habe sie die Beschlagnahme der Gelder für geboten erachtet.

Schweiz.

Der schweizerische Ständerat hat den Vertrag zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein mit großer Mehrheit gutgeheißen. Auf Grund desselben genehmigte der Nationalrat den Zollanschluß. Doch darf keineswegs angenommen werden, daß der politische Anschluß des Fürstentumes an die Schweiz ebenfalls geplant sei.

Ungarn.

Der Sonderausschuß des Ligarates, der ernannt worden ist, um über die internationale Anleihe an Ungarn als Mittel zu dessen Wiederaufbau zu beraten, begann in London seine Sitzungen. Die auf 10 Millionen Pfund normierte Anleihe sollte ursprünglich zwanzig Jahre laufen, mit gewissen Pfändern des Landes als Sicherheit. Wie nunmehr verlautet, sind die Staaten der Kleinen Entente und Frankreich zu Gunsten einer früheren Einlösung. In dem Sonderausschuß arbeiten mit Auslandminister Benesch von der Tschecho-Slowakei, Viscount Cecil von Chelwood, der frühere Lord Robert Cecil, Graf Bonin-Longare von Italien und Titulesco von Rumänien.

Jugoslavien.

Die Regulierung der rumänisch-jugoslawischen Grenze wird für Südslawien den Verlust von 10,693 Deutschen bei einem Gewinn von 704 Serben bringen. Diesen Ziffern ist die ungarische Volkszählung vom Jahre 1910 zugrunde gelegt, allerdings sind damals Schwaben auch vielfach als Magyaren gezählt worden. Abgetreten werden mit Hatzfeld und einigen Ortschaften 1920 Serben, 598 Kroaten, 1443 Rumänen, 15,520 Deutsche, die in 3,588 Häusern wohnen. Dafür erhält Südslawien von Rumänien 1435 Häuser und darin 2624 Serben, 720 Bulgaren, 4827 Deutsche und 868 Magyaren. Dem Deutschtum Südslaviens gehen etwa 2000 deutsche Wählerstimmen verloren.

Nachdem die neue Grenzregulierung im Banat zwischen Südslawien und Rumänien unterzeichnet wurde, setzt sich die allgemeine Unruhe über Hatzfeld dies- und jenseits der Grenze fort. Weit bedenklicher ist die Erscheinung, daß die südslawischen Steuerbehörden den Hatzfelder Bürgern nach Bekanntwerden der Abtretung ganz ungeheure Steuervorschreibungen gemacht haben, die die Grenzen des Möglichen weit überschreiten, aller gesetzlichen Grundlagen entbehren und die Bevölkerung wirtschaftlich zugrunde richten müssen. So z. B. wird einem Besitzer von 41 Joch Feld ein Steuerbetrag von 278,505 Dinar vorgeschrieben mit einer Zahlungsfrist von 3—8 Tagen.

Rumänien.

König Ferdinand von Rumänien, der bereits anläßlich der Jubiläumsfeier der Bayater Schwaben die Absicht bekundet hatte, dem großen Schwabenfeitzug beizuwohnen, hat dem Banat seinen ersten Besuch abgestattet; die Königin war infolge eines Unwohlseins an der Teilnahme verhindert. Ueberall wurde der König auch von der deutschen Bevölkerung auf das herzlichste gefeiert und begrüßt, von der deutschen Presse sowohl, wie vom Volke selbst in Stadt und Land. Von Temesvar aus besuchte der König die schwäbischen Gemeinden Billed und Lovrin, wo er auch einzelne Bauernhäuser und -höfe besuchte und sich durch sein leutseliges Auftreten und durch seine zwanglose Aussprache mit jung und alt in der Muttersprache die Sympathien der Schwaben eroberte.

England.

Zu dem bereits von uns mitgeteilten Streik der englischen Lokomotivführer und Heizer ist noch zu bemerken: Dem Ausstand haben sich die nationalen Verbände der Eisenbahner und der Bahnangestellten nicht angeschlossen. Die Mitglieder dieser Verbände beschlossen, an der Arbeit zu bleiben und ihren Dienstpflichten nachzugehen, solange sie von den Bahndirektionen nicht gezwungen werden sollten, die Stellen der streikenden Arbeiter einzunehmen. Passagiere, die vor Streikausbruch lange Reisen antraten, wurden von den Bahnbeamten gewarnt, daß sie vielleicht ihren Bestimmungsort nicht erreichen werden und die meisten Bahngesellschaften zeigen die Einschränkung des Verkehrs an. Güter werden, solange der Streik dauert, nur auf Gefahr des Absenders befördert werden. Die Union der Lokomotivführer und Heizer, die 63,000 Mitglieder zählt, erklärt, daß ihr Streik den Bahnverkehr in England und Schottland lahmlegen werde. Die irischen Lokomotivführer gehören dem Verband nicht an. Der Streik war am Samstag, den 12. Januar, beschlossen worden, nachdem die Unterhandlungen zwischen den Bahngesellschaften und den Lokomotivführern und Heizern über eine Regelung der Lohnfrage abgebrochen worden waren. Die Union behauptete, daß die Löhne ihrer Mitglieder durch eine kürzlich abgegebene Entscheidung der Eisenbahn-Lohnbehörde außer allem Verhältnis mit den gegenwärtigen Kosten des Lebensunterhaltes reduziert wurden. Die Bahngesellschaften hingegen erklärten, daß die Entscheidung der Lohnbehörde von den übrigen Eisenbahnern und den Bahnkontoristen angenommen wurde und daß sie den Lokomotivführern und Heizern keine Zugeständnisse zu machen gedenken.

Vereinigte Staaten.

Nachdem die ganze Welt aufgeteilt ist, blieb noch der Nordpol übrig. Die dort hausenden Eisbären sehnen sich aber nach einem Oberherrn. Der menschen- und tierfreundliche Onkel Sam fühlt sich nun berufen, dem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, indem er das große lenkbare Luftschiff, die Shenandoah, dorthin entsendet. Fieberhafte Vorbereitungen werden getroffen, mit echt amerikanischer Großzügigkeit und — Großmauligkeit.

Der Flottensekretär Denby hat vor dem Flottenausschuß des Repräsentantenhauses als den Hauptzweck des Polarfluges erklärt, die Entdeckung bislang unerforschten Landes und dessen Annexion seitens der Vereinigten Staaten. Hand in Hand damit wird der Vorgang besprochen, der bei einem derartigen Unternehmen zu beobachten sein wird und welche Schritte man einschlagen müsse, um entdecktes Land für die Vereinigten Staaten zu beanspruchen. Man verkennt nicht die Schwierigkeiten, die dem Zweck des Unternehmens im Wege stehen, denn bislang war es Sitte und Gebrauch, entdecktes Land nicht nur zu sichten, um es für eine Nation zu beanspruchen, sondern darauf zu landen und es in aller Form für besetzt zu erklären. Ein bloßes Hinwegfliegen in einem Luftschiff würde für derartige Zwecke nicht genügen, denn andere Nationen könnten leicht Einwand erheben, falls der Jahrhunderte alte Brauch nicht eingehalten wird. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wird der Sekretär sich mit dem Staats-Departement in Verbindung setzen, damit internationale Verwicklungen irgendwelcher Art vermieden werden. Es verlautet, daß technischen Einwänden gegen eine amerikanische Annexion in der Weise begegnet werden könne, daß man vom Luftschiff auf irgendeine Art Verbindung mit dem entdeckten Gebiet herstellt. Es kann dies geschehen, indem man eine Flagge fallen läßt oder eine Landung mittels Leiter bewerkstelligt und das Gebiet namens der Vereinigten Staaten für annektiert erklärt.

Beschleunigung der Vorbereitungen erblickt man im Befehl Admiral Moffetts, die Ausbesserung der „Shenandoah" so rasch als möglich zu betreiben.

Welchen Wert für Handelszwecke das unerforschte Gebiet haben kann, entzieht sich aller Berechnung. Unbegrenzte Möglichkeiten an Bodenprodukten, wie Oel, Vaselin und Kohle und neue Vorratskammern für die ganze Welt werden in der Polargegend vermutet, deren Schätze gehoben und mittels irgend einer neuen Verkehrsmethode nach den Industrie-Mittelpunkten geschafft werden können. Der Flug nach der Polargegend wird sich somit zu einem Flug zur Entdeckung neuer natürlicher Hilfsquellen gestalten. (Ueber die Stellung der canadischen Regierung zum amerikanischen Polarunternehmen siehe Seite 3 unter „Ontario"!)

Mexiko.

Der Einmarsch der mexikanischen Truppen über die Grenzlinie in die Ver. Staaten auf dem Wege nach Chihuahua in Mexiko begann, als 1285 Soldaten mit voller Ausrüstung die Grenze überschritten. Ihr Zug wurde in zwei Teilen über die El Paso und Southwestern Linien nach Bowen, New Mexiko, weitergefahren, wo sie die Grenze wieder überschritten und den Marsch nach Juarez auf dem Landwege beendeten. Das Kontingent bestand aus Kavallerie und Infanterie.